

## Redebeitrag Konzert gegen Konzerne



***Die deutsche Sprache ist die tiefste, die deutsche Rede die seichteste. (Lichtenberg)***

### **Auswirkungen der Freihandelsabkommen für die Kommunen und für die Demokratie**

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so lautet der erste Satz unseres Grundgesetzes. Dieses Grundgesetz ist das Fundament unseres Staatswesens. Es beruht auf den drei Säulen der Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative beruht. Der Staat und seine Organe, die Politiker, die Gesetze verabschieden, die Regierungen, die sie umsetzen sowie die Richter, die die Gesetze auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz überprüfen haben die oberste Aufgabe, die Würde des Menschen zu schützen, zu wahren und zu fördern.

Mit den geplanten Freihandelsabkommen, wird die Natur des Menschen auf seine Funktion als Rädchen im großen Getriebe des allein auf quantitatives Wachstum ausgerichteten Wirtschaftstreibens reduziert. Der Mensch wird dabei auf zwei Dimensionen seiner Natur reduziert: Als Produzent und Konsument.

Bei genauerer Betrachtung weisen die geplanten Freihandelsabkommen den Weg in eine neue, etwas verstecktere Form der Diktatur. Und zwar in eine Diktatur der Finanzökonomie. Sie steht über allem, auch über der Würde des Menschen. Die Märkte und ihre Anleger wollen bedient werden. Da müssen Barrieren und Handelshemmnisse beseitigt werden.

Die Güter der Natur wie auch die Menschen müssen ohne Wenn und Aber zu jeder Zeit für die wirtschaftliche Verwertung zur Verfügung stehen.

Freihandelsabkommen nach Marke von TTIP, TISA & Co sollen Hindernisse aus dem Weg räumen, die dieser allzeitigen Verfügbarkeit von Mensch und Natur für die wirtschaftliche Verwertung im Wege stehen.

## **Auswirkungen auf die Kommunen**

Ein großes Hindernis auf dem Weg der ungenierten wirtschaftlichen Verwertung aller Güter sind die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Bildung, Gesundheit und Wasser stehen grundsätzlich im Dienst der Menschen. Städte und Landkreise sind gesetzlich dazu verpflichtet und wenden ein hohes Maß an Mitteln für die wohnortnahe Gesundheitsversorgung und den Unterhalt von Kliniken auf.

Gemeinden sorgen für die sichere und kostendeckende Versorgung mit sauberem Wasser. Unsere Schulen sind unseren Kommunen viel Wert und verlangen hohe finanzielle Anstrengungen.

Wasser, Bildung und Gesundheit sind Kernaufgaben der Daseinsvorsorge, sie müssen in der Hand der Allgemeinheit bleiben.

Und dafür werden wir Kommunalpolitiker in der INNitiative uns weiterhin einsetzen.

Und das auch wenn man uns von Seiten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages wegen angeblicher Nichtzuständigkeit den Mund verbieten will. Wir von der INNitiative freuen uns, dass sich insgesamt 13 Kommunen im Landkreis von Oberneukirchen angefangen, über Lohkirchen, Oberbergkirchen, Taufkirchen, Kraiburg, Heldenstein, Niedertaufkirchen bis Unterreit sich eindringlich an den Gemeindetag gewandt haben, um die Interessen der Kommunen im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge zu wahren. Auch der Kreistag Mühldorf hat sich mittlerweile einstimmig in diese Aktion eingereiht. Und für die Kommunalpolitiker in unseren Reihen kann ich versprechen: Wir lassen uns auch in Zukunft nicht den Mund verbieten.

## **TTIP gefährdet die freiheitlich demokratische Grundordnung**

Freihandelsabkommen nach Art von TTIP sind Anschläge auf unsere freiheitlich demokratische Grundordnung, nach der das Gemeinwohl in einem demokratischen Prozess zu ermitteln ist.

Wir dürfen uns über TTIP, CETA und Co nicht unsere Demokratie zugunsten einer Diktatur des Wachstums und der Profitmaximierung aushebeln lassen. Bei diesen Verhandlungen sitzen nämlich weder Bürger noch unsere gewählten Vertreter am Verhandlungstisch. Herr MdB Mayer und auch MdL Knoblauch wollen trotzdem rote Linien ziehen und Pflöcke einschlagen, um unsere Standards zu wahren.

Meine Herren: Wie wollen Sie Pflöcke einschlagen, wenn Sie gar nicht auf dem Spielfeld sind?

Herr Mayer hat kürzlich auf einer Podiumsdiskussion tatsächlich behauptet, er wäre in einem Leserraum gewesen, in denen Verhandlungsdokumente von TTIP zur Einsichtnahme bereitlägen. Meine Damen und Herren: Es gibt einen Leserraum in Brüssel, zu welchem nicht einmal alle EU-Parlamentarier Zugang haben.

Herr Mayer war jedoch schon einmal in einem solchen Leserraum in Berlin. Doch dieser Leserraum steht erst seit dieser Woche in der US-Botschaft zur Verfügung. Bundestagsabgeordnete haben auch nach Einrichtung eines "Leserraums" in der US-Botschaft in Berlin keinen Einblick in wichtige Dokumente zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). Zutritt haben in Zukunft nur Regierungsmitglieder, die auf einer offiziell von der Regierung übermittelten Liste aufgeführt sind. Die US-Botschaft habe angegeben, ein Zugang für Abgeordnete nationaler Parlamente sei derzeit nicht vorgesehen, heißt es in dem Schreiben.

Quelle: <http://www.euractiv.de/sections/eu-aussenpolitik/bundestagsabgeordnete-koennen-ttip-dokumente-weiterhin-nicht-einsehen>

Ich ziehe den Hut vor unserem Bundestagsabgeordneten: Der Mann geht durch geschlossene Türen in Räume, die gar nicht vorhanden sind.

Die eigentliche Frage ist nicht, ob Herr Mayer nun in einem Leserraum war oder nicht. Der Skandal ist, dass diese Dokumente an der Öffentlichkeit und an unseren Volksvertretern vorbei verhandelt werden.

### **Schiedsgerichte hebeln die Demokratie aus**

Über die Schiedsgerichte wird diese freiheitlich demokratische Grundordnung ausgehebelt. Es kann doch nicht sein, dass eine Handvoll Branchenanwälte in geheimen Schiedsgerichtsverfahren Staaten Strafen in Zig-Millionen-Höhe aufbrummen, wenn sie ihre Bürger auf Zigarettenpackungen vor den Folgen des Rauchens warnen. Und das nur, weil sie die zu erwartenden Gewinnspanne von Philipp Morris schmälern. Wohlgemerkt: Wir sprechen von niedrigeren Gewinnen, nicht von Verlusten.

**Mittlerweile versucht man den Schiedsgerichten ein neues Kleid anzupassen. Man will sogenannte Handelsgerichtshöfe einführen. Das ist nichts anderes als eine Mogelpackung.**

**Meine Damen und Herren: Amerika und Kanada sind nicht Pakistan! Wir können auf einen zusätzlichen, teuren und aufgeblähten Apparat gut und gerne verzichten. Verletzte Investorenrechte sind jederzeit vor nationalen Gerichten einklagbar.**

**Gabriel ist auf dem Holzweg, wenn er meint, dass mit einem Handelsgerichtshof sämtliche Kritik an den Abkommen aus dem Weg geräumt sei. Die Sache riecht nämlich verdächtig nach Kuhhandel: Die USA will sich die Zustimmung der EU zu TTIP durch den Verzicht auf die ursprünglich geplanten Schiedsgerichte ergaunern.**

(Abzuschaffen ist auch der „Regulatorische Rat“, eine angedachte Institution, die Nationalstaaten bei künftiger Gesetzgebung stark einschränkt, d.h. neue Gesetze unter dem Damoklesschwert von Investorenklagen quasi unmöglich macht.)

Auch die trickreiche Einrichtung eines sog. „Living-Agreements“ müsse vom Tisch. Hinter dieser harmlosen Formulierung verbirgt sich eine rigorose Ausweitung der Anwendungsbereiche ohne erneute Zustimmung der Parlamente. In diesen Living-Agreements, also lebenden Vereinbarungen wird ein allgemeines Rahmenabkommen verhandelt und die Details, wie z.B. die befürchtete Absenkung von Standards, würden dann im Nachhinein in einem Ausschuss ohne demokratische Kontrolle weiterverhandelt. Dass TTIP nicht kündbar oder mit einer Probelaufzeit ausgestattet ist und quasi Ewigkeitscharakter hat, ist ebenfalls nicht hinnehmbar.)

**Werte Zuhörer : Unsere bayerischen Verfassungsväter und die Väter des Grundgesetzes haben aus der Diktatur des NS-Regimes gelernt und unsere demokratische Ordnung in eindrucksvolle Worte gefasst, die uns vor einer Diktatur des Profits schützen sollen.**

**Die Verfassungsväter hatten nicht vorgesehen, nur die Belange der Anleger auf den Finanzmärkten zu bedienen, im Gegenteil. Die Bayerische Verfassung drückt eine klare Verpflichtung auf das Gemeinwohl auf aus. Ich zitiere:**

**Artikel 151. (1) Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.**

(2) .... **Gemeinschädliche und unsittliche Rechtsgeschäfte, insbesondere alle wirtschaftlichen Ausbeutungsverträge sind rechtswidrig und nichtig.**

**Freihandelsabkommen nach Art von TTIP/TISA und Co sind solche Ausbeutungsverträge. Wir lassen sie uns nicht aufdrücken.**

---

Auch das Grundgesetz drückt dieses Ziel nach Gemeinwohl auf der Basis der Gewaltenteilung aus.

Art. 20:

(1) Die Bundesrepublik ist ein **demokratischer** und **sozialer** Bundesstaat

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch **besondere Organe** der **Gesetzgebung**, der **vollziehenden Gewalt** und der **Rechtsprechung** ausgeübt.

**(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

---

(Aber auch die in ihren eigenen Augen allmächtige CSU kann unsere Bedenken nicht nachvollziehen. Sie stimmt völlig bedenkenlos in den Tenor der EU-Kommission ein: "Wohlstand und Wirtschaftskraft würden sich durch TTIP im Freistaat erhöhen". 0,48% Wachstum sollen dadurch generiert werden, wobei dieser Effekt erst im Jahr 2027 voll zum Tragen kommen soll.

Wenn's überhaupt stimmt. Also bis dahin rund 0,05% Wachstum im jährlichen Schnitt. Dass die sich damit zu argumentieren trauen, ist schon für sich unglaublich! Bei der bekannten Unschärfe solcher Prognosen, die ja jeden Augenblick korrigiert werden müssen! 0,05% -wollen wir dafür so gewaltige Risiken eingehen?

Und vor allem: wäre das überhaupt noch erstrebenswert? Die Industriegesellschaften haben mit ihrer Art zu leben, Maß und Ziel verloren. Die Möglichkeit, unvorstellbare Mengen von Energie aus nicht erneuerbaren Quellen für uns arbeiten zu lassen, hat die „Bedürfnisse“ ins Extreme wachsen lassen. Wir betreiben Diebstahl an den Gütern künftiger Generationen.)

---

Je mehr Einzelheiten aus den Verhandlungsräumen dringen, umso klarer wird es: Mit diesem Abkommen wird die Kontrolle der Macht durch gewählte Parlamentarier ausgehöhlt.

Dieses Abkommen ist eine Falle! Wir müssen uns dagegen wehren! Weil ...

- Schutz von Investitionen bedeutet für die Verhandler, dass alle nach der Pfeife der Investoren tanzen müssen.
- Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Arbeitsschutzvorschriften, soziale Gesetzgebung, der Mindestlohn können bei einem Inkrafttreten von TTIP von den Konzernbossen als Handelshemmnisse betrachtet werden, die diese beseitigen wollen.
- Unsere öffentlichen Krankenhäuser, die Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, Ver- und Entsorgungsbetriebe würden durch diese Abkommen unter weiteren Privatisierungsdruck gesetzt.

Nachdem auch die katholischen Laien-Gremien von Dekanatsrat Mü und Waldkraiburg, Kreiskatholikenrat Mühldorf bis hinauf zum Diözesanrat München-Freising ihre ablehnende Haltung zum Freihandelsabkommen TTIP geäußert haben erlaube ich mir abschließend Papst Franziskus zu zitieren:

*„Solange die **Probleme der Armen nicht von der Wurzel her** gelöst werden, **indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet** und die strukturellen **Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte** in Angriff nimmt, werden sich die **Probleme der Welt nicht lösen...**“*

**...Diese Wirtschaft tötet!**“

**Dieses Freihandelsabkommen ist nicht dazu angelegt, die wesentlichen Probleme der Welt von den Wurzeln her zu lösen.**

**Im Gegenteil:**

Freihandelsabkommen nach der Art von TTIP sind dazu angelegt, die **Marktkräfte weiter zu entfesseln**, um das **simple materielle „Mehr“** von allem zu fördern.

Wie dieses „Mehr“ zustande kommt – ob **auf Kosten von Mensch, Klima und Umwelt** – und **beim wem dieses „Mehr“ ankommt**, darauf gibt TTIP keine Antwort.

Wir brauchen keine Freihandelsabkommen sondern  
**Fairhandelsabkommen.**

Wir brauchen eine Initiative für fairen Handel, faire Bezahlung von Arbeitnehmern und fairen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Und wenn hier jemand die Wirtschaft in meinem Schlussplädoyer vermisst, dann aus einem ganz einfachen Grund: Die Wirtschaft ist und bleibt eine 100 % ige Tochter der Umwelt, der Natur. Das ist im Unterschied zum Wachstumsdogma keine Ideologie, das ist die Realität.

Aber liebe Freundinnen und Freunde, es gibt Lichtblicke: Die deutschen Bischöfe haben besonders kritisch gegen TTIP und gegen eine Paralleljustiz Stellung bezogen und gegen dieses Vorhaben sogar verfassungsrechtliche Bedenken geäußert.

Es stellt sich dabei aber allmählich die Frage: Wie weit driften CSU und SPD in ihrer Konzernhörigkeit noch ab, dass sie nun von den Bischöfen an die Verfassung erinnert werden muss.

Schlusswort:

***Es gibt eine Idee, die einst den wahren Weltkrieg in Bewegung setzen wird: Dass Gott den Menschen nicht als Konsumenten und Produzenten erschaffen hat. Dass das Lebensmittel nicht Lebenszweck sei. Dass der Magen dem Kopf nicht über den Kopf wachse. Dass das Leben nicht in der Ausschließlichkeit der Erwerbsinteressen begründet sei. Dass der Mensch in die Zeit gesetzt sei, um Zeit zu haben und nicht mit den Beinen irgendwo eher anzulangen als mit dem Herzen.***

***Georg Christoph Lichtenberg***

Vor diesem Hintergrund lasst uns mit Mut, Tatkraft, Besonnenheit und Ausdauer weiter an einer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung arbeiten, die das Gemeinwohl im Blick behält und zwar auch das zukünftiger Generationen.

© Reinhard Retzer  
Weinbergstraße 2 b  
84494 Lohkirchen  
Reinhard.Retzer@oedp.de